

Die Konferenzteilnehmer bekundeten ihre Verantwortung für die Sache des Friedens und legten fest, im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge der Bedrohung durch den deutschen Militarismus durch wirkungsvolle Maßnahmen entgegenzutreten. An der Konferenz nahm auch ein Vertreter der Volksrepublik China teil.

Die Volksbewegung gegen den Generalkriegsvertrag und die EVG brachte die Bonner Regierung in eine isolierte Lage, zumal neben der Bewegung des deutschen Volkes auch in den anderen europäischen Ländern eine breite Volksbewegung gegen die Kriegsverträge geführt wurde. Die EVG-Pläne scheiterten an dieser umfassenden Volksbewegung, vor allem an der Volksbewegung in Frankreich, und die Kriegspolitik der herrschenden Kreise Westdeutschlands erlitt eine Niederlage. Diese Volksbewegung hatte die Pläne des deutschen Militarismus durchkreuzt und die von ihm gestellten Termine der Aufrüstung verzögert. Nachdem die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag abgelehnt hatte und die Hauptverantwortung des Kampfes gegen den deutschen Militarismus beim deutschen Volke selbst lag, wandte sich die Volkskammer in einem Appell an die vier Großmächte zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Deutschlandverhandlungen und forderte die gleichberechtigte Teilnahme beider Teile Deutschlands. In einem Appell an die westdeutsche Regierung wurde diese aufgefordert, bevollmächtigte Vertreter zu Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu benennen und einen gemeinsamen Standpunkt zur Lösung der Lebensfragen im Rahmen der europäischen Sicherheit auszuarbeiten. Gleichzeitig beschritt die Partei den Weg der Massenmobilisierung und Sammlung aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Das Zentralkomitee entwarf für den Kampf gegen die drohende Remilitarisierung Westdeutschlands ein Programm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und fortschrittlicher Staat. Gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris, die die Spaltung Deutschlands vertiefen mußten, unterstützte die Partei das konstruktive Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das von der Deutschen Demokratischen Republik, dem Bollwerk des Kampfes für Frieden, Einheit und Demokratie, ausging.